

Geschäftsführung:
Fachdienst Schule und Sport

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Schul- und Sportausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 19.06.2018

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Jens Voß SPD

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Norbert Adam CDU

Ratsherr Rolf Breucker SPD

Ratsfrau Ingrid Fischer CDU

Ratsherr Timothy Kahler CDU

Ratsherr Michael Meyer CDU

Ratsherr Peter Oettinghaus Alternative für Lüdenscheid Vertreter für Ratsfrau Oettinghaus

Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde CDU

Ratsfrau Nicole Schulte SPD

Ratsherr Michael Thielicke SPD

Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper DIE LINKE. Vertreter für Herrn Michael Pottgießer

Ratsfrau Ramona Ullrich SPD

Ratsherr Sebastian Wagemeyer SPD

Ratsherr Michael Wülfrath FDP Vertreter für Frau Anette Schwarz

Frau Julia Decker Bündnis 90/Die Grünen

Frau Gesthimani Demirtoglou CDU

Frau Brunhilde Gromball FDP

Herr Jamel Hellwig SPD

Herr Andreas Stach Bündnis 90/Die Grünen

Frau Helga Poimann Fraktionslos

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Frank Bisterfeld	Fraktionslos
Herr Lothar Büth	Fraktionslos
Herr Markus Geisbauer	Fraktionslos
Frau Bettina Göldner	Fraktionslos
Herr Thomas Lammers	Fraktionslos
Frau Christiane Langs-Blöink	Fraktionslos
Herr Dieter Utsch	Fraktionslos

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Sandra Manß	Internationale Liste der SPD
------------------	------------------------------

Gäste:

Frau Gabriele Busch	anwesend bis 18:15 Uhr
---------------------	------------------------

Verwaltung:

Herr Matthias Reuver
Herr Andreas Hostert
Herr Mike Diepenbeck
Frau Kerstin Kotziers
Frau Katja Fernholz-Bernecker

Schriftführung:

Frau Kalliopi Souska

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Monika Oettinghaus	Alternative für Lüdenscheid
Herr Michael Pottgießer	DIE LINKE.
Frau Anette Schwarz	FDP

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Frau Katharina Thimm	Fraktionslos	entschuldigt
----------------------	--------------	--------------

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:24 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Fragen liegen nicht vor.

2. Grundschule N. N., Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Lüdenscheid, Kalver Straße 65, 58511 Lüdenscheid (ab 01.08.2018), Gustavstraße 35, 58511 Lüdenscheid (ab 01.08.2019); hier: Namensgebung/Bezeichnung der Schule Vorlage: 111/2018

Frau Kotziers erläutert, dass die Auflösung des Grundschulverbundes Bierbaum/Kalve zum 31.07.2018 erfolgt. Der Rat der Stadt Lüdenscheid hat in seiner Sitzung am 10.07.2017 die Errichtung einer neuen Grundschule als offene Ganztagschule in Lüdenscheid sowie die Auflösung des Grundschulverbundes Bierbaum/Kalve beschlossen. Die Genehmigung der Bezirksregierung Arnsberg liegt bereits seit dem 04.08.2017 vor. In der Zwischenzeit ist das vorgeschriebene Bestimmungsverfahren über die Schulart durchgeführt worden.

Es war eine geringe Beteiligung, aber mit dem Ergebnis, dass die Schule eine Gemeinschaftsgrundschule werden soll, wobei die Bezeichnung sich in dem Namen wiederfinden muß. Mit Stand vom 08.12.2017 gibt es 52 Anmeldungen. Viele Planungstreffen mit allen Beteiligten haben stattgefunden. Eine der Auflagen aus der Genehmigung ist auch die Vergabe eines Namens für die neue Schule durch den Rat der Stadt Lüdenscheid.

Nach Absprache mit dem Vorsitzenden Ratsherrn Voß bittet Frau Kotziers Frau Busch, Schulleiterin des jetzigen Schulverbundes Bierbaum/Kalve, eine Erläuterung zu der Namensfindung und der vorgeschlagenen Namensgebung zu geben.

Frau Busch stellt sich vor und erklärt, dass Vorschläge zur Namensfindung von dem Grundschulverbund Bierbaum/Kalve über die Post von Eltern gesammelt wurden, mit der Bitte, diese zu begründen.

Zur Namensfindung für die neue Schule hat der Grundschulverbund Bierbaum/Kalve die Eltern, die Schulkinder in den Jahrgängen 1 – 3, die vom Schulwechsel betroffen sind, sowie die Lehrkräfte beteiligt. Die vorgebrachten Namensvorschläge wurden in einer auf den Standort Kalve bezogenen Lehrerkonferenz gesichtet.

Die nachfolgenden drei Vorschläge, der letztere eine Kombination aus den ersten beiden, wurden zur Entscheidung für die Schulkonferenz ausgewählt:

- Grundschule Wefelshohl
- Christian-Morgenstern-Grundschule
- Christian-Morgenstern-Grundschule Wefelshohl

In der Schulkonferenz waren sowohl von den Eltern als auch vom Kollegium jeweils drei Personen beteiligt.

Die Schulkonferenz hat sich in einer geheimen Wahl mit Beschluss vom 28.05.2018 mehrheitlich für den Namen

Grundschule Wefelshohl

entschieden.

Nachfolgend wird die Begründung des Grundschulverbundes für die Namenswahl von Frau Busch wiedergegeben:

„Dieser Name hat einen starken Bezug zu dem Ortsteil, in dem er ist, d. h. er ist auch leicht wiederzuerkennen, sowohl für die Schülerinnen und Schüler, Eltern, Beteiligte des Ortsteils und für Nachbarn. Dies zeigt auch, dass die Schule gewillt und bereit ist, sich für den Stadtteil zu öffnen und auch einen starken Stadtteilbezug anstrebt und sich damit sehr verbunden fühlt.“

Ratsherr Voß bedankt sich bei Frau Busch und übergibt das Wort an Rats Herrn Adam.

Rats Herr Adam bedauert, dass im Land der Dichter und Denker auf den Zusatz Christian Morgenstern verzichtet worden ist. Aber die Schulkonferenz habe sich entschieden und somit sei das in Ordnung.

Beschluss:

Die Grundschule N. N., Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Lüdenscheid, Kalver Straße 65, 58511 Lüdenscheid (ab 01.08.2018), Gustavstraße 35, 58511 Lüdenscheid (ab 01.08.2019), erhält folgende Bezeichnung/folgenden Namen:

Ab dem 01.08.2018: **Grundschule Wefelshohl
Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Lüdenscheid
Kalver Straße 65
58511 Lüdenscheid**

Ab dem 01.08.2019: **Grundschule Wefelshohl
Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Lüdenscheid
Gustavstraße 35
58511 Lüdenscheid**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

3. Schulentwicklungsplanung Grundschulen Vorlage: 109/2018

Vorsitzender Rats Herr Voß übergibt Herrn Reuver das Wort.

Herr Reuver trägt die Beschlussvorlage vor und teilt ergänzend mit, dass für die Verwaltung der Stadt Lüdenscheid sich Bewegungs-, Spiel- und Sportkonzepte im Sinne von „Bewegte Schule“ gerade in Schulen mit Ganztagsbetrieb zunehmend durchsetzen werden. Somit komme keine weitere Versiegelung bzw. Bebauung von Schulhöfen als weitere Alternative in Betracht.

Abschließend weist Herr Reuver darauf hin, dass die Verwaltung beabsichtigt, vorbehaltlich des Auftrages durch den Schul- und Sportausschuss die Alternativen zu prüfen, eventuell notwendige Beteiligungen durchzuführen sowie dem Schul- und Sportausschuss in der Sitzung am 25.09.2018 die erforderlichen schulorganisatorischen Beschlüsse vorzulegen.

Rats Herr Voß gibt die Gelegenheit zu Fragen und Anmerkungen und übergibt das Wort an Rats Herrn Adam.

Ratsherr Adam sagt, die CDU nehme den Bericht zur Schulentwicklung kritisch und mit Vorbehalt zur Kenntnis. Aus der Entwicklung im Grundschulbereich in den letzten Jahren seien bereits Besonderheiten und Merkwürdigkeiten feststellbar, welche die Bürgerinnen und Bürger und besonders die Eltern stutzig machen.

In den letzten Jahren seien verschiedene Grundschulen geschlossen worden, wie die Grundschulen Brüninghausen und Hermann-Gmeiner. Die Grundschule Schöneck in der Parkstraße ist mit der Schule Brügge zusammengelegt worden, gegen den Willen der Eltern und der CDU. Der alte Spruch: „Kurze Beine, kurze Wege“ wurde damals ignoriert.

Jetzt werde in der Beschlussvorlage von der Schulverwaltung behauptet, dass keine der zwölf Bestandsschulen dreizügig geführt werden könnten. Früher seien es acht dreizügige Grundschulen gewesen. Es werde behauptet, dass keine freien Räume zur Verfügung stünden, weil durch die Betreuungsangebote der OGS und der Inklusion alle Räume genutzt würden. Ratsherr Adam ergänzt hierzu, dass von dem großzügigen Raumangebot der neu zu errichtenden Grundschule Wefelshohl und der Abgabe von Räumen an die benachbarte Realschule die Rede war. Ebenfalls wird von Eltern von leerstehenden und ungenutzten Räumen an der Grundschule Wehberg berichtet.

Somit stellt Ratsherr Adam die Frage, warum in beiden genannten Fällen oder Beispielen keine Dreizügigkeit möglich sei. Die CDU sei der Meinung, dass nach pragmatischen Lösungen nicht wirklich gesucht worden sei.

Möglicherweise würden in den nächsten Jahren die Schülerzahlen zurückgehen und somit stelle sich die Frage, ob alle diese Räume dann gebraucht würden. Es sei schon ein Unding, dass Grundschulen in Lüdenscheid leerstünden und gleichzeitig Neue gebaut würden.

Ratsherr Adam betont abschließend hierzu, wie eingangs gesagt, dass die CDU-Fraktion diesen Bericht ablehnend kritisch bzw. mit Vorbehalt sehe.

Ratsherr Breucker kann den Ausführungen des Ratsherrn Adam so nicht folgen. Bei der Grundschulentwicklungsplanung habe man einen Verlauf von 6 Jahren zwischen Geburt und Einschulung. Im Laufe von 10 Jahren änderten sich einfach Kinderzahlen in den verschiedenen Schulbezirken.

Ratsherr Breucker sagte, er habe noch keine Klagen darüber gehört, dass jetzt die Grundschule Parkstraße in Brügge völlig überlaufen sei, weil da zwei Grundschulen zusammengefasst wurden. Im Gegenteil, die Schule könne arbeiten und sei arbeitsfähig. Er gebe dem auch Recht, dass damals gesagt worden sei, dass die Grundschule Brügge mehr als acht Klassenräume zur Verfügung habe und somit noch Spielraum sein müsse. Die Kinder müssten aber dort beschult werden, wo sie wohnen. Er stimme daher dem Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ zu.

Viele dieser Kinder wohnten im Innenstadtbereich. Das habe etwas mit den Übergangsheimen von Flüchtlingen und mit der Mietsituation in diesen Stadtteilen zu tun. Ratsherr Breucker glaubt, dass Wefelshohl, wie auch die Friedensschule, eine deutliche Entlastung der jetzigen Situation bringen werde. Einer Sache sehe er aber etwas skeptisch. Teilstandorte seien für ihn keine gute Lösung.

Es mache Sinn, wenn die Zahl da ist, eine Grundschule an der Friedensschule mit eigener Schulleitung und einem Sekretariat einzurichten. Die sei dann auch arbeitsfähig.

Ratsherr Voß übergibt weiter das Wort an Ratsherrn Thomas-Lienkämper.

Ratsherr Thomas-Lienkämper sagte, er wisse, dass das Thema Friedensschule sehr kontrovers diskutiert worden sei. Jedoch solle man an die Zukunft denken und dementsprechend umgestaltet werden. Auch sei er gegen eine Teilstandortlösung, da diese zeitbezogen sei. Die LINKE stimme dem positiv zu und nehme dies auch positiv zur Kenntnis.

Ratsherr Oettinghaus kann dieser Vorlage nur zustimmen. Die Kinderzahlen änderten sich und würden ansteigen, insbesondere durch den Zuzug der Migranten in die Stadt Lüdenscheid. Es sei sehr wichtig, dass die Innenstadtschulen entlastet würden, und deswegen sei er dafür, dass die Friedensschule als zusätzlicher Grundschulstandort angeboten werde.

Frau Göldner spricht die Aussage des Ratsherrn Adam an, dass in Grundschulen eigentlich Räume leerstehen, die nicht genutzt werden. Heutzutage würden deutlich mehr Räume in Grundschulen benötigt als lediglich die Klassenräume. Beispielhaft seien hier Inklusion, Integration von Seiteneinsteigern und herkunftssprachlicher Unterricht zu nennen. Dies alles müsse in den Unterrichtszeiten neben dem Klassenunterricht stattfinden. Sie widerspricht der Aussage, dass an der Grundschule Wehberg Räume ungenutzt leerstehen. Das sei definitiv nicht der Fall. Sämtliche Räume würden als Klassenräume wie auch als Fachräume genutzt. Die Pavillons würden für die Betreuung benötigt, die mittlerweile aus 70 Kindern bestehe. Deshalb musste hier der zweite Pavillon auch noch zur Verfügung gestellt werden. Übrige Räume gebe es nicht. Der einzige Raum, der zur Zeit leerstehe, sei ein Elternsprechzimmer im Renovierungszustand. Dieser könne erst wieder in Kürze benutzt werden.

Vorsitzender Ratsherr Voß gibt das Wort an Ratsherrn Kahler weiter. Die Schulentwicklungsplanung war in den letzten Jahren aus seiner Sicht von ziemlichen Unsicherheiten geprägt. Weil man annahm, dass die Schülerzahlen dauerhaft zurückgehen, habe man Grundschulen geschlossen. Durch die Migrationen und ähnliches stiegen diese dann aber deutlich an.

Jetzt sage die Verwaltung, dass zusätzliche Kapazitäten benötigt würden, gleichwohl aber keine langfristige Entwicklung vorausgesagt werden könne. Es sei nicht möglich, an den existierenden Schulen durchgängig dreizügig zu fahren.

Ratsherr Kahler fragt abschließend hierzu, ob ein schwimmendes Modell eine pragmatische Lösung sei, also im ersten Jahr an der Grundschule 1 ein Jahrgang dreizügig, im nächsten Jahr an der nächsten Grundschule dreizügig und so weiter zu führen, so dass keine Schule permanent als dreizügig ausgebaut werde. Man verteile jedes Jahr die Klassen somit auf eine andere Schule, anstatt eine neue Schule komplett zu errichten.

Herr Reuver antwortet, dass leider die Geburten diesem schwimmenden System nicht folgen. Diese seien unabhängig hiervon. Theoretisch ginge dies, praktisch jedoch nicht. Das läge an der Geburtenentwicklung und an der Wohnortbestimmung, die wiederum in der Hand der Eltern liege.

Ratsherr Voß übergibt das Wort Frau Gromball.

Frau Gromball teilt die Zustimmung der FDP-Fraktion zur geplanten Vorgehensweise mit.

Ratsherr Adam berichtet, dass er die Information von der Grundschule Wehberg von Eltern habe, deren Kinder diese besuchen. Es gehe darum, dass gleichzeitig zwei neue Grundschulen errichtet würden, wobei man Millionenbeträge in die Hand nehme, aber nicht genug nach Alternativen gesucht habe. Es müssten dann neue Schuleinzugsbezirke geschnitten werden, wenn die Friedensschule tatsächlich installiert werde.

Ratsherr Wülfrath bittet darum, bis zur nächsten Sitzung des Schul- und Sportausschusses zu prüfen, wer denn nun das Richtige sage, ob die Grundschule Wehberg leere Räume habe oder nicht, bzw. ob diese belegt seien oder nicht. Woher die gestreute Information des Rats-

herrn Adam sei, wisse er nicht. Er könne sich nicht vorstellen, dass Frau Göldner nicht wisse, wieviele Räume zur Verfügung stünden.

Daraufhin sagt Ratscherr Adam, dass nicht sorgfältig geprüft worden sei, ob bei der einen oder anderen Grundschule eine Dreizügigkeit für einige Jahre möglich wäre.

Herr Reuver befürwortet, in der nächsten Sitzung des Schul-und Sportausschuss Räumlichkeiten anhand einer bestehenden Liste, die explizit diese in einem Plan darstellt, gemeinsam zu prüfen. Es sei ihm neu, dass jemand über zuviel Raum klage, das Gegenteil sei der Fall.

Ratscherr Wagemeyer wirkt dem Eindruck entgegen, die Verwaltung habe an der Stelle nicht sorgfältig genug geprüft. Im Gegenteil, denn gerade im Hinblick auf die Umstellung G8/G9, seien bereits jetzt schon Abfragen erfolgt, in welcher Art und Weise man gedenke mit Räumen im Schuljahr 2019/2020 umzugehen. Eine vorausschauende Planung existiere. Was die im Umkreis liegenden Grundschulen des Zeppelin-Gymnasiums betreffe, sei es nicht so, dass ausufernd Raum für weitere Klassen bestehe. Dies gelte seiner Meinung nach genauso für andere Schulformen.

Herr Stach befürwortet das von der Verwaltung vorgelegte Konzept im Hinblick auf dann ausreichende Räumlichkeiten. Deswegen würden Bündnis 90/Die Grünen diesem Verwaltungsvorschlag zustimmen.

Herr Stach teilt mit, dass die Friedensschule immer Räumlichkeiten für den Werkunterricht der Inklusionsschüler der Gymnasien zur Verfügung gestellt habe, und stellt somit die Frage, ob es diesbezüglich auch schon Pläne und Überlegungen gebe für die zukünftige Sicherstellung des Werkunterrichts. Herr Stach wird dazu unter dem TOP Anfragen noch nachfragen.

Ratscherr Kahler fügt hinzu, das seien Planzahlen gewesen, die sich einfach durch unvorhergesehene Ereignisse verändert hätten. Es stelle sich die Frage, wenn eine neue Schule errichtet werde, ob dann nicht genau solche Vorkommnisse wieder auftreten könnten. Vielleicht könne man besser schnelle und pragmatische Lösungen finden, statt jetzt hier wieder eine feste Institution aufzubauen, und dann stelle man in einem, zwei bzw. drei Jahren fest, dass es wieder Verschiebungen gebe. Es sei eine Anmerkung seinerseits und keine Kritik. Für Ratscherrn Kahler sei dies persönlich nachvollziehbar.

Herr Reuver gibt zu verstehen, dass eine Teilstandortlösung immer wieder zurückgefahren werden könne. Genau aus dem Grund werde auch die Teilstandortlösung überlegt, da diese ein atmendes System sei und wieder zurückgeführt werden könne.

Ratscherr Adam sagt, er habe vorhin von den Investitionskosten gesprochen, auf der einen Seite für die Wefelshohler Schule und jetzt möglicherweise für die Friedensschule. Er fragt an, ob schon Zahlen bekannt seien und wie viele Millionen das kosten würde. Seiner Meinung nach sei dieser Komplex für eine zweizügige Grundschule viel zu groß.

Ratscherr Adam bittet darum, dass vor einer Beschlussfassung die finanziellen Auswirkungen bekannt gegeben würden.

Ratscherr Voß geht davon aus, dass diese für die Sitzung des Schul-und Sportausschusses im September vorgelegt werden, in der dann auch die Beschlussfassung erfolgen soll.

Ratscherr Adam bittet, in das Protokoll aufzunehmen, dass der Bericht durch die CDU-Fraktion kritisch oder mit Vorbehalt zur Kenntnis genommen wird.

Ratscherr Voß sagt zu, es werde so protokolliert und von ihm unterschrieben.

Ratscherr Adam antwortet abschließend hierzu, dass weitergearbeitet werden müsse, aber die Vorbehalte und die Bedenken seien somit eingebracht.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Begründung angedeuteten Alternativen zu prüfen, die evtl. notwendigen Beteiligungen durchzuführen sowie dem Schul- und Sportausschuss in der Sitzung am 25.09.2018 die erforderlichen schulorganisatorischen Beschlüsse vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

4. Berichtswesen; hier: Eckdaten zur Schulentwicklung der weiterführenden Schulen Vorlage: 112/2018

Frau Kotziers trägt den Bericht mit den wesentlichen Eckdaten vor.

Herr Bisterfeld würde gerne zu dem Bericht Stellung nehmen. Er glaubt nicht, dass aktuell kein Handlungsbedarf im Schulentwicklungsplan für die Zukunft besteht. Wenn die Adolf-Reichwein-Gesamtschule siebenzünftig gewesen wäre, hätte eine Klasse mehr angeboten werden können und dann wären die Übergangsquoten auch anders. Er sagt, man solle darüber nachdenken, zumal auch nicht ganz plausibel sei, wie die Übergangsquoten zustandekämen. Er ist der Meinung, wenn sie mehr Räume hätten, als sie derzeit haben, dann könnten sie auch mehr Kinder aufnehmen.

In der Adolf-Reichwein-Gesamtschule werden jetzt 162 Kinder aufgenommen, 30 müssen abgelehnt werden, wobei davon 16 Widerspruch eingelegt haben. Diese seien ja noch nicht entschieden, somit könne da noch etwas auf die Politik zukommen.

Herr Bisterfeld nennt auch die Aufnahme von 12 Kindern für den Gemeinsamen Unterricht. Somit bestehe ein Klassenfrequenzwert von 27 Kindern im fünften Schuljahr. Hierunter seien natürlich auch Seiteneinsteiger, die von der Grundschule kämen. In der Regel würden es noch mehr Kinder. Wenn jetzt Seiteneinsteiger kämen, müssten diese auch aufgenommen werden. Weiter trägt Herr Bisterfeld die durchschnittlichen Schülerzahlen je Jahrgang vor.

Herr Bisterfeld sagt, dass sich dies sicherlich auch kurzfristig wieder ändern wird. Auch müssten dann Rückläufer von Realschulen, Gymnasien und durch Umzüge von Gesamtschulen aufgenommen werden. Das bedeute, dass die Adolf-Reichwein-Gesamtschule, die auch eine gymnasiale Oberstufe hat, nochmal eine ganze Reihe von Schülern aufnehmen, da für die Oberstufe bzw. das Abitur gute Schüler gebraucht würden. Dem gegenüber stünden die hohen Schülerzahlen in den einzelnen Klassengemeinschaften und die mangelnden Raumkapazitäten für weitere, zusätzliche Klassengemeinschaften.

Das bedeute auch, dass die Adolf-Reichwein-Gesamtschule jetzt schon am Rande ihrer Kapazitäten stünde. Man bräuchte Differenzierungsräume, teilweise werde Biologie in Klassen-

räumen unterrichtet. Das heiße, es gebe zu wenig Fachräume. Das sei vielleicht damals nicht so bedacht worden.

Diese Schulform werde wieder immer mehr angefragt, und er stellt die Frage, was sei, wenn es im nächsten Jahr wieder so sei.

Herr Bisterfeld betont, dass das wirklich eine äußerst wichtige schulpädagogische Entscheidung für die nächsten Jahre sei. Der Trend zur Schulform „Gesamtschule“ sei prsent.

Herr Bisterfeld beantragt eine räumliche Schulerweiterung für die Adolf-Reichwein-Gesamtschule, entweder in Form eines Neubaus oder eines Anbaus, um die untragbare Raumsituation abzustellen.

Herr Bisterfeld sagt, dass sie demnächst keine Pavillons auf dem Schulhof haben möchten, weil die Schulhöfe viel zu klein dafür seien. Er sage dies vor dem Hintergrund des hier bestehenden Schulkonsenses. Es reiche nicht zu sagen, alle Schulen hätten noch Platz. Eine neue Planung müsse her.

Vorsitzender Ratsherr Voß bedankt sich für die engagierte Vorstellung und das Eintreten für die Gesamtschule. Ebenso weist er darauf hin, dass Herr Bisterfeld keinen Antrag stellen könne, aber sein Anliegen, der Wunsch eines Anbaus, sei im Schul- und Sportausschuss angekommen.

Herr Bisterfeld ergreift das Wort und würde diese Beschlussvorlage dahingehend ändern, die Verwaltung solle beauftragt werden, eine räumliche Schulerweiterung für die städtische Adolf-Reichwein-Gesamtschule zu prüfen, zu planen und zu realisieren.

Ratsherr Voß sagt, dass ein beratendes Mitglied kein Antragsrecht habe. Ein Antrag könne nur aus der Politik kommen. Das sei der formale Weg. Er weist auf zwei weitere Wortmeldungen hin sowie auf den Beschlussvorschlag, nachdem der Bericht nur zu Kenntnis genommen wird, mitunter auch der Einwand, der vorgetragen worden sei.

Ratsherr Thomas-Lienkämper sagt, es sei bekannt, wie Die Linke zum Thema Gesamtschule stehe. Des Weiteren spricht er von einem Uraltantrag und dass man vor einigen Jahren bereits aktiver werden wollte. Ratsherr Thomas-Lienkämper ist der Meinung, dass ein Anbau dringend notwendig ist. Es sei ihm klar, dass per Antrag das nicht so auf den Weg gebracht werden könne, da es sich um eine grundsatzpolitische Entscheidung handele. Hier gelte Qualität vor Schnelligkeit. Er begrue dies jedoch innerlich voll und ganz.

Ratsherr Oettinghaus begrut sehr, was Herr Bisterfeld gesagt hat, und übernimmt die von Herrn Bisterfeld beabsichtigte Antragstellung im Namen der AfL.

Herr Utsch stimmt im Wesentlichen dem zu, was Herr Bisterfeld gesagt hat. Er wolle unterstreichen, dass das vorgelegte Papier Handlungsbedarf und Überlegungen nach sich ziehe. Die Gymnasien betreffend müsse nochmal vor Ort nachgedacht und überprüft werden, wie es dazu komme, dass die Übergangsquote zum Gymnasium in Lüdenscheid so weit unter dem Landesdurchschnitt liege. Der gemeinsame Eindruck der drei gymnasialen Schulleiter sei, dass aufgrund eingeschränkter Empfehlungen von den Grundschulen verstärkt zur Gesamtschule bzw. zur Realschule gewechselt werde. Diese Schüler fehlten aber ihnen.

Herr Utsch bittet, dass sie sich mit den Kolleginnen und Kollegen von den Grundschulen noch einmal zusammensetzen und dahingehend überlegen, wie die Empfehlungen zustande kommen und welche Informationen dort angekommen sind, und die Gründe zu ermitteln, die ggfls. letztlich Aufschluss über das Wahlverhalten oder die Anmeldung geben könnten.

Frau Langs-Blöink sagt, die Realschule liege prozentual deutlich über dem Landesdurchschnitt. Die Theodor-Heuss-Realschule und die Richard-Schirrmann-Realschule betreffend seien die Kinder mit gymnasialer Empfehlung nicht wirklich in der Realschule. Von knapp 100 Anmeldungen seien vielleicht 5, 6 oder 7 Kinder mit eingeschränkter gymnasialer Empfehlung und hier werden ihr Herr Utsch, Schulleiter des Bergstadt-Gymnasiums, und Herr Wagemeyer, Schulleiter des Zeppelin-Gymnasiums, zustimmen, dass die Durchlässigkeit vielleicht daran liege, dass alle Schulleiter hervorragend zusammenarbeiten. Die Durchlässigkeit sei in der Erprobungsphase gegeben. Sie gäben schon einige Kinder an die Gymnasien weiter, wo sie das Gefühl haben, diese seien in der Realschule unterfordert, und andersherum wechselten auch von den Gymnasien eine enorm große Anzahl von Kindern zur Realschule.

Frau Langs-Blöink sagt abschließend, dass an dieser Stelle die Investition Umbau bzw. Neubau des offenen Ganztags an der Richard-Schirrmann-Realschule nicht zu vergessen sei.

Herr Bisterfeld sagt zu den Übergangsquoten, das sei so eine Sache, und betont, wenn man nicht mehr aufnehmen könne, dann habe man auch keine Quoten. Bei sieben Zügen wären dies fast in jedem Jahrgang sieben Parallelklassen. Es sei dahingestellt, ob dies so toll sei für eine Schule. Es gebe ja auch achtzügige Schulen. Er betont weiter, dass sie in der jetzigen Situation in den Klassen 7, 8 und 9 so voll seien, dass keine Schüler, auch keine Seiteneinsteiger, mehr aufgenommen werden könnten. Es müssten mehr Klassen gebildet werden.

Natürlich würden gerne die Kinder von den Realschulen und Gymnasien, auch wegen der Oberstufe, aufgenommen.

Herr Bisterfeld betont abschließend, Räumlichkeiten an sich zu schaffen, sei überhaupt kein großes Problem. Sicherlich richtig sei, dass es nur ein finanzielles Problem sei.

Ratsherr Voß bestätigt dies und übergibt das Wort an Herrn Reuver.

Herr Reuver sagt, er halte keine Gegenrede gegen Herrn Bisterfeld, gebe aber den Hinweis, die abgewiesenen Schülerinnen und Schüler verfälschten die Übergangsquoten nur im Nach-Kommabereich. Das sei keine entscheidende Größe, so dass nicht von einer Verfälschung gesprochen werden könne. Der Druck auf die Gesamtschulen existiere übrigens in ganz Nordrhein-Westfalen. Die Lehrerverbände, die Elternvertreter und die Gewerkschaft hätten auch entsprechende Papiere an die Landesregierung gesandt. Die Antworten auf dieses Thema seien abzuwarten.

Ratsherr Oettinghaus bittet darum, wenn es zum Beschlussvorschlag kommt, den Satz herauszunehmen, dass im Hinblick auf die in den Schulen vorhandenen bzw. einzurichtenden Züge aktuell kein Handlungsbedarf zu erkennen sei.

Vorsitzender Ratsherr Voß sagt, dass insofern aus diesem Bericht nichts herausgenommen werden müsse, da dieser Bericht nur zur Kenntnis genommen werde und die Einwände gegen diesen Bericht dem Protokoll dann zu entnehmen seien. Darüber müsse in den Fraktionen diskutiert werden und aus den Erkenntnissen ggfs. Schlüsse, z. B. ein möglicher Anbau, gezogen werden. Ein entsprechender Antrag sei anschließend in die Haushaltsplanberatungen einzubringen.

Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

5. Berichtswesen; hier: Zwischenbericht zur Zielerreichung im Haushalt 2017 Vorlage: 086/2018

Herr Hostert stellt den Bericht zur Zielerreichung im Haushalt 2017 für die beiden Produkte des Fachdienstes Volkshochschule anhand von Kennzahlen bzw. Indikatoren dar, auch im Hinblick auf den Haushaltsplan 2019, und erläutert die Inhalte.

Ratsherr Voß weist zu den Anmerkungen unter 2. Satz 3 zum „Produkt 040 020 010: Weiterbildung – Unterrichtsveranstaltungen nach gesetzlichem Auftrag“ auf Folgendes hin: Der Rückgang lässt sich insbesondere durch den Wegfall kleinerer Kurse, Beendigungen von Honorarverhältnissen sowie konzeptionelle Umstrukturierung in den Programmbereichen erklären. Gutes Personal hat die Volkshochschule verlassen, da dieses jetzt in den Schulen unterrichtet. Die Frage stelle sich, ob es Hoffnung gebe, dieses Personal wieder aufbauen zu können.

Herr Hostert antwortet dahingehend, dass es im Moment nicht so aussehe. Es bestünden große Engpässe im Bereich Englisch, Italienisch oder anderen Fremdsprachen. Herr Hostert appelliert an Interessierte, die unterrichten möchten, sich an die Volkshochschule Lüdenscheid zu wenden.

Ratsherr Voß sagt, es wäre schön, wenn dieser Appell auch über die Presse weitergeleitet werden könnte.

Frau Fernholz-Bernecker stellt den Bericht zur Zielerreichung im Haushalt 2017 für das Produkt des Fachdienstes Musikschule anhand der Verdeutlichung von vier Zielen dar. Des Weiteren ist es auch im Haushaltsjahr 2017 noch gelungen unter dem Haushaltsansatz des Jahres 2011 zu bleiben.

Vorsitzender Ratsherr Voß bedankt sich für diesen Bericht und stellt fest, dass es Wortmeldungen gibt. Diese werden vorgetragen und beantwortet.

Dem Protokoll soll folgende Wortmeldung beigefügt werden:

Ratsherr Breucker bedankt sich für die ausführlichen Berichte der Volkshochschule und der Musikschule und stellt fest, dass es sich bewährt habe, mit Zielvorstellungen und Kennzahlen zu arbeiten. So lasse sich von der Politik kontrollieren, wie weit die Schulen in deren Sinne gearbeitet hätten.

Ratsherr Breucker stellt Frau Fernholz-Bernecker die Frage, ob es richtig sei, dass keine weiteren Schulen mehr in die Kooperation mit der Musikschule im Bereich Jekits oder auch in den weiterführenden Schulen kommen könnten.

Frau Fernholz-Bernecker führt aus, dass dies einer HSK-Maßnahme geschuldet sei und sogar noch zwei Planstellen reduziert werden müssen. Es werde immer schwieriger, aber die Kollegen machten es trotzdem immer noch möglich. Sie sei offen für Fragen und werde alles daran setzen, das auch zu tun, um weiter zu expandieren.

Ratsherr Breucker stellt weiter die Frage, ob man Schulen weiter ermuntern könne, noch Anfragen zu stellen. Frau Fernholz-Bernecker antwortet mit der unbedingten Bitte.

Ratsherr Breucker weist daraufhin, das auch in den Haushaltsplanberatungen zu berücksichtigen.

Ratsherr Voß fragt, wenn diese zwei Stellen nicht eingespart würden, ob es personell möglich sei, eine weitere Schule Jekits an den Start zu bringen.

Frau Fernholz-Bernecker erläutert, dass laut Landesvorgabe von der Jekits-Stiftung vier Grundschulen das Maximum sind. Weiterhin sagt sie, dass sie auch in anderen Bereichen gerne tätig sei, etwa mit weiterführenden Schulen bzw. im Kindergartenbereich. Dort würden auch Kolleginnen und Kollegen gebraucht. Sie hätte da vielmehr Spielraum, wenn diese zwei Stellen zur Verfügung stehen würden.

Vorsitzender Ratsherr Voß fasst zusammen, einerseits sei Jekits bezogen auf Landesvorgabe an der Grenze bzw. andererseits ausbaufähig. Dies sei in der Haushaltsplanberatung anzusprechen. Das sei im Schul- und Sportausschuss angekommen und werde protokolliert.

Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss nimmt die Zwischenberichte der Fachdienste Volkshochschule und Musikschule zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

6. Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren der Musikschule und Entgeltordnung für sonstige Leistungen der Musikschule Vorlage: 108/2018

Frau Fernholz-Bernecker stellt die Beschlussvorlage vor und nennt die Faktoren, die dafür verantwortlich sind, dass der Haushaltsansatz nicht erreicht werden kann.

Ratsherr Voß bedankt sich für den ausführlichen Vortrag und verweist an dieser Stelle auf die Haushaltsberatungen hinsichtlich der Stellenreduzierungen gemäß Haushaltssicherungskonzept.

Beschluss:

Die Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren der Musikschule und Entgeltordnung für sonstige Leistungen der Musikschule der Stadt Lüdenscheid wird entsprechend dem von der Verwaltung vorgelegten Entwurf erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

7. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

7.1. Bekanntgaben

7.1.1. Bekanntgabe "Sachstand Schule N. N."

Frau Kotziers gibt den Sachstand zum Umbau/Sanierung des künftigen Grundschulstandorts Wefelshohl bekannt.

Die Maßnahme sei in zwei Bauabschnitte aufgeteilt. Bis zum Spätherbst/Winter d. J. würden die „äußeren Hüllen“ der Gebäudeteile Schule und Turnhalle saniert. Anschließend würden die Arbeiten in den inneren Gebäudebereichen ausgeführt.

Mit den Planerleistungen für die technischen Gewerke, den Brandschutz, die Bauphysik und die Statik/Prüfstatik seien Fachbüros beauftragt. Ebenso sei der Sicherheits- und Gesundheitskoordinator bestellt.

Die Bauarbeiten rund um die Außenhülle - hier: Gerüst, Dachdecker, Klempner, Maler sowie Fenster und Außentüren - seien vergeben. Aktuell fänden die erforderlichen Auftakt- und Ausführungsbesprechungen als Voraussetzung für die Materialbestellungen statt.

Weiterhin werde an der Ausführungsplanung und der Erstellung der Leistungsverzeichnisse für den inneren Ausbau gearbeitet.

Nach heutigem Bearbeitungs- und Kenntnisstand lägen sowohl die Ausführungszeiten als auch die Kosten des Projektes in dem kalkulierten Rahmen. Die weitere Entwicklung auf dem Bausektor - mit möglichen Kostensteigerungen - könne allerdings nicht abgeschätzt werden.

Eine Besichtigung vor Ort würde sich zum Jahresende anbieten.

7.1.2. Bekanntgabe "Verlagerung der Taekwondo-Gruppen"

Frau Kotziers gibt zur Verlagerung der Taekwondo-Gruppen aus der Turnhalle der Wefelshohler Schule folgenden Sachstand bekannt.

Herr Gelhausen habe verschiedene Gespräche mit den beiden Vorsitzenden der Vereine geführt und gemeinsam mit ihnen die Lösung erarbeitet, dass die beiden Vereine ihre Grup-

pen in der Gymnastikhalle der Friedensschule unterbringen können und dort die Matten auch liegen bleiben können.

Weiterhin sind auch zwei Zeiten in der dortigen Turnhalle frei geworden. Für weichende Gruppen hat Herr Gelhausen entsprechende Ausweichmöglichkeiten und kommuniziert dies gerade mit den entsprechenden Vereinen.

7.2. Beantwortung von Anfragen

7.2.1. Schriftliche Beantwortung der Anfrage des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Ratsfraktion, Ratsherrn Oliver Fröhling, in der Sitzung des Hauptausschusses am 19.03.2018 "Betreuung an den OGS-Grundschulen"

Ratsherr Voß stellt fest, dass ein Vortrag hierzu nicht gewünscht wird. Die Beantwortung wird dem Protokoll beigelegt.

7.2.2. Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn Adam "Verwendung Schulpauschale und Fördermittel im Schulbereich"

Herr Reuver bezieht sich auf die Maßnahmen- und Investitionsliste für den Bereich Schule.

Diese Liste speise sich aus mindestens vier Finanzquellen. Das seien einerseits die Schulpauschale, dann die Programme wie „Gute Schule 2020“ und Mittel nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz - Kapitel 2 - sowie Haushaltsmittel der Stadt Lüdenscheid, insofern eine Überbuchung bestehe und diese Mittel nicht ausreichen. Außerdem seien weitere Programme, wie Digitalpakete des Landes und Bundes, die sogenannten Wanka-Milliarden, angekündigt.

Die Priorisierung von Maßnahmen sei abhängig von zweck- und fristgebundenen Förderprogrammen als auch von pflichtigen und sicherheitsrelevanten Maßnahmen (z. B. Brandschutz und ELA-Anlagen). Auch zu berücksichtigende Aspekte seien personelle Ressourcen und verfügbare Unternehmen, wie auch Projektplanung und Durchführung von Maßnahmen im laufenden Schulbetrieb. Herr Reuver spricht hier beispielhaft die Deckensanierung im Bergstadt-Gymnasium mit der damit verbundenen teilweisen Auslagerung des Schulbetriebes in das Gebäude der ehemaligen Albert-Schweitzer-Schule an.

Weiter führt Herr Reuver aus, wie diese Liste zustande kommt. Es gebe mehrere verwaltungsinterne Abstimmungsrunden zwischen Schulverwaltung und Zentraler Gebäudewirtschaft, außerdem werde diese Liste, bevor sie den politischen Gremien zu den Haushaltsberatungen vorgelegt werde, den Schulleitungen bekannt gegeben und erläutert. Diese hätte dann die Gelegenheit, sich dazu zu äußern. Mögliche Erkenntnisse könnten noch in die politischen Beratungen einfließen.

Herr Reuver betont, dass dies kein dilettantisches Verwaltungshandeln oder Willkür sei, auch keine Hinterzimmerveranstaltung, sondern ein Balanceakt von Priorisierungen, der in die Maßnahmen- und Investitionsliste eingehe.

Ratsherr Adam bedankt sich für den Vortrag und beabsichtigt, selber mit den Schulleitungen zu sprechen und diese auch so einzubeziehen.

7.2.3. Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE "1 Jahr kostenlos im Sportverein"

Frau Kotziers sagt, dass die Stadt Iserlohn ein Modellprojekt hat und ab dem kommenden Schuljahr 2018/2019 damit starten will, dass jedes Kind eine einjährige Mitgliedschaft in einem Verein erhält. Dafür seien 10.000 € in den Iserlohner Haushalt eingestellt.

Für Lüdenscheid hochgerechnet bedeute dies, eine solche Maßnahme würde bei circa 600 Schulanfängern und einen angenommenen Nutzeranteil von rund 25 Prozent Kosten in Höhe von 9.000 € verursachen, wenn pro Kind ein Jahresbeitrag von 60 € gezahlt werde, bei 50 € Jahresbeitrag 7.500 €.

Recherchen hätten ergeben, dass es in Dortmund, Mühlheim und Duisburg ähnliche Projekte gebe, aber bisher keine Berichte existierten, wie diese tatsächlich angelaufen seien und angenommen würden.

Frau Kotziers führt aus, dass die anderen Städte von 20 bis 25 Prozent angenommenem Nutzeranteil ausgingen.

Herr Reuver ergänzt, dass die Schulverwaltung gerne die Erfahrung anderer Schulträger abwarten. Fraglich sei, ob die Milieus davon profitieren, dass Sportentwöhnte oder eher die Benachteiligten hier angesprochen würden und diese tatsächlich von dieser erlassenen Gebühr partizipieren. Weiter sei fraglich, ob nicht vielmehr diejenigen, die sowieso einem Verein beigetreten wären, dieses Angebot nutzen.

Herr Reuver betont, dass er es grundsätzlich begrüße, Bewegung in den Alltag zu bringen.

Ratsherr Thomas-Lienkämper sagt, dass in Iserlohn ein entsprechender Antrag auf den Weg gebracht wurde, der auch Mehrheiten erhalten habe. Er würde die Ausführungen der Verwaltung nicht einfach nur zur Kenntnis nehmen wollen, sondern dieses Thema in die Haushaltsplanberatungen einbringen.

Ratsherr Voß befürwortet dies.

7.3. Anfragen

7.3.1. Schriftliche Anfrage der FDP-Ratsfraktion "Verunreinigung von Schulhöfen"

Ratsherr Voß stellt fest, dass ein Vortrag hierzu nicht gewünscht wird.

7.3.2. Mündliche Anfrage des Herrn Stach "Arbeitslehre/Unterricht für Kinder im gemeinsamen Lernen"

Herr Stach fragt, ob die Räumlichkeiten in der Friedensschule nach deren Schließung weiterhin für den Arbeitslehreunterricht der Inklusionsschüler zur Verfügung stehen oder ob es Alternativen zur Sicherstellung dieses Unterrichts gibt.

Ratsherr Voß teilt mit, dass dies jetzt nicht beantwortet werden könne und in der nächsten Sitzung beantwortet werde.

7.3.3. Mündliche Anfrage der Ratsfrau Rigas-Gülde für die Richard-Schirrmann-Realschule

Ratsfrau Rigas-Gülde ist in der 75-Stunden-Aktion von Eltern angesprochen worden, dass in der Richard-Schirrmann-Realschule diverse Vorhänge nicht vorhanden seien. Dies habe bei Hitze Unterrichtsausfall zur Folge gehabt. Sie fragt an, ob man etwas dagegen unternehmen könne und ob es auch in anderen Schulen dieses Phänomen gebe.

Außerdem stellt Ratsfrau Rigas-Gülde die Frage, wie es mit der Mensa-Planung weitergehe, die in der letzten Sitzung präsentiert worden sei.

Ratsherr Voß fragt an, ob diese Frage schon beantwortet werden könne, und übergibt Frau Kotziers das Wort.

Frau Kotziers kann leider nichts Genaues zum derzeitigen Stand sagen. Das Thema sei jedoch bekannt. Eine Mitarbeiterin sei mit Frau Schröder, der Schulleiterin der Richard-Schirrmann-Realschule, bereits durch das Schulgebäude gegangen und habe geschaut, welche Räume die höchste Priorität zur Ausstattung mit Vorhängen haben. Ein Angebot läge vor und eventuell sei der Auftrag bereits erteilt. Frau Kotziers wird dieses Thema recherchieren.

Herr Reuver teilt mit, dass die Umsetzung der Planungen für eine neue Mensa unter HSK-Bedingungen nicht einfach sei und daran gearbeitet werde, dass dieses Thema den Stellenwert bekomme, den es haben müsse. Weiter sagt Herr Reuver, dass eine Kostenschätzung beauftragt sei, die eine Grundlage für weitere Diskussionen bietet.

Ratsherr Voß erinnert daran, dass eine Kostenschätzung zur nächsten Sitzung vorliegen solle.

gez. Jens Voß

gez. Souska

Vorsitzender

Schritfführerin